

## Geschwindigkeitsmessenanlagen – eine nie endende Geschichte?

Eigentlich dachte ich, dass ich an dieser Stelle nicht mehr über die Geschwindigkeitsmessenanlagen schreiben muss. Nun aber doch.

Am 3. Dezember 2019 wurde in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass die Geschwindigkeitsmessenanlagen an verschiedenen Orten der Stadt, vorrangig an Schulwegen, vor Kindereinrichtungen etc. aufgestellt, die Daten mindestens halbjährlich ausgewertet und im Sozialausschuss vorgestellt werden. Die

Stadtverwaltung sollte, je nach Datenlage Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung erarbeiten.

Eine Auswertung gab es. Seitdem ruht leider „still der See ...“. Die SPD hatte im Dezember 2020 beantragt, zusätzlich Anlagen zu beschaffen. Auch hiervon haben wir in den aktuellen Sitzungen nichts vernommen. Aber – wir bleiben dran. Versprochen!

*Silke Voges*

*Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss*

## Kurz und bündig aus dem Sozialausschuss

Das Bildungsministerium hat den Betrieb einer **zweizügigen Grundschule am Rund** ab dem Schuljahr 2023/24 genehmigt. Gegenwärtig laufen für den Neubau die Bauplanungen und die Vorbereitungen für die Auftragsauschreibungen. Am 2. November 2021 soll das Ganze im Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt werden. Die Verwaltung rechnet mit einem Schulbeginn ab dem Schuljahresbeginn 2024/25.

In der **Löcknitzgrundschule** hat sich die Raumsituation entspannt. Der Bewegungsraum im Container kann jetzt als Unterrichtsraum genutzt werden. Um der Coronalage zu entsprechen, sind in zwei Klassenräumen Raumluftfilter eingebaut, weitere sollen kommen. Um unter den Schülern Ansammlungen zu vermeiden, werden um 7.45 Uhr der vordere und der hintere Eingang der Schule geöffnet.

Mit Beginn des Jahres 2022 soll eine Schulkrankenschwester ihre Arbeit aufnehmen.

Um an der Schule und unter Umständen auch bei den Schülern zu Hause modernes digitales Lernen zu ermöglichen, sind Mittel aus

dem Digitalpakt bewilligt. Der Anschluss der Schule an das Glasfasernetz ist fast fertig. Z. Zt. werden im Schulgebäude die Voraussetzungen für die Nutzung moderner Technik geschaffen.

Zur **Unterstützung der Erkneraner Vereine** wurden bisher 27 940 € abgerufen. 39 470 Euro plus 22 000 € als Notfallhilfe waren für 2021 bewilligt. Für das nächste Jahr haben 23 Vereine über 206 000 € beantragt. Über die Bewilligung wird im Zusammenhang mit dem Haushalt 2022 beschlossen. Der Bürgermeister versprach, dass das noch in diesem Jahr passiert.

Trotz bestehender Corona-Maßnahmen kann man jetzt schon ohne Termin **im Rathaus** wählen, die Bibliothek nutzen und sich die Ausstellung im Foyer ansehen. Ab 1. Oktober stellt der Bürgermeister weitere Lockerungen in Aussicht.

20 Jahre **Partnerschaft Erkner-Goluchow** sind der Anlass für eine Video-Grußbotschaft von zehn Vereinen der Stadt an unsere polnischen Freunde, die auch auf der Internetseite Erkner.de angesehen werden kann.

*Dr. Elvira Strauß*

### Termine

- Do. 7. 10., 18.30 Uhr, 13. Stadtverordnetenversammlung mit Einwohnerfragestunde
- Über die Beteiligung der Öffentlichkeit und den Versammlungsort informieren Sie sich im Internet unter: [http://www.bis.erkner.de/instanz\\_1/](http://www.bis.erkner.de/instanz_1/)  
Termine der öffentlichen Sitzungen der Fraktion DIE LINKE im Internet unter [www.linke-erkner.de](http://www.linke-erkner.de).

**Erkner – ungefiltert** – Informationen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung;  
V.i.S.d.P.: Dr. Elvira Strauß, stellv. Fraktionsvors.,  
E-Mail: [Elvira\\_strauss@web.de](mailto:Elvira_strauss@web.de);  
Redaktionsschluss: 13. 9. 2021, Auflage: 5 000;  
Druck: Saxoprint, Dresden

## Uferweg am Dämeritzsee – nüscht is!

Die Fraktion DIE LINKE hatte sich das so gut vorgestellt: Das ehemalige Werftgelände am Ende der Seestraße auf Neuseeland soll bebaut werden, hochpreisige Wohnungen. Da könnte man doch eigentlich direkt am See einen kleinen, freien Uferweg anlegen, vielleicht mit ein zwei Parkbänken, dem einen oder anderen Spielgerät, zugänglich eben für uns alle, für alle Erkneraner. Und dem Bebauungsplan, der gerade in der Mache ist, wird für den Investor ein entsprechender „städtebaulicher Vertrag“ beigefügt.

„Nüscht is!“ meint die Mehrheit des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadtverord-

neten. Und sinngemäß: Es könne ja wohl nicht richtig sein, hochpreisiges Privateigentum durch einen schnöden Uferweg zu entwerten, der auch noch für Alle, öffentlich (!) zugänglich ist.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE ist damit abgelehnt. Man fragt sich: Was zählt mehr, die unbedingte Verwertung hochpreisigen Eigentums – oder das Wohl der Bürger unserer Stadt?

*Michael. E. Voges*

*Vorsitzender des Finanzausschusses,*

*Mitglied im Hauptausschuss*



*Blick vom Turm des Bildungszentrums in der Seestraße auf den Dämeritzsee (Aufnahme 18. 11. 2006) – am unteren Ufer könnte der Weg zum Verweilen einladen ... Foto: Jürgen Strauß*

## Querungshilfen in der Neu Zittauer Straße

In der Stadtverordnetenversammlung am 25. Juni 2020 wurden zwei Querungshilfen in der Neu Zittauer Straße beschlossen (siehe Amtsblatt 09/2020 vom 30. September 2020, Seite 3). Diese sollen für mehr Sicherheit in den Bereichen zwischen Buchhorster Straße und Pfälzer Straße und des Schützenwäldchens sorgen.

Leider ist in den vergangenen 14 Monaten noch nicht viel passiert. Auf Nachfrage im Rathaus ist dies mit der aktuellen Personalnot im zuständigen Landesbetrieb für Straßenwesen zu erklären, weshalb die Stadt gebeten wurde, die Planungen selbst voranzutreiben. Auf Grund des hohen Verkehrsaufkommens besteht in unseren

Augen hier akuter Handlungsbedarf. Unser Vorschlag dort Zebrastreifen aufzubringen, da diese relativ schnell, ohne größeren Bauaufwand und kostengünstig im Vergleich zu Mittelinseln installiert werden könnten, wurde von der Stadt aufgenommen und an den Planer weitergegeben. „Man werde sehen, wie der Planer diese Themen vor Ort umsetzt und man werde hier in jedem Fall konsequent weiter an einer guten und dauerhaften Lösung arbeiten.“ So hieß es weiter von der Verwaltung.

*Kathleen Krüger*

*Mitglied im Sozialausschuss*

# Erkner – ungefiltert

## DIE LINKE.

Informationen der Fraktion DIE LINKE in der SVV  
Nr. 3/2021 • 13. September 2021

Fraktion in der  
Stadtverordnetenversammlung Erkner

## Viele Autos und zu wenig Platz!

Immer mehr Autos parken am Straßenrand, behindern Radfahrer und Fußgänger. Unsere Fraktion beantragte in der 7. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. September 2020 die Erarbeitung einer Stellplatzsatzung für die Stadt Erkner. Ziel war es, dass bei Wohnungsbauvorhaben genügend PKW-Stellplätze auf dem Grundstück geplant und errichtet werden.

Im Stadtentwicklungsausschuss am 7. September 2021 lag uns nun der Entwurf zur Abstimmung vor. Kurz: Er wurde mit großer Mehrheit angenommen. Verwundert waren wir über den Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (DIE GRÜNEN): In der Satzung ist geregelt, dass man sich nur von dem Bau der Stellplätze freikaufen kann, wenn eine Haltestelle des öffentlichen Nahverkehrs maximal 100 m entfernt ist. DIE GRÜNEN beantragten, dass dies auf 500 m erweitert werden sollte. Die Begründung war: Man möchte niemanden verpflichten, einen Stellplatz zu errichten, der vielleicht kein Auto braucht.

Wir haben als Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung keinen Einfluss darauf, ob

jemand einen PKW nutzt oder nicht. Wir können aber die Rahmenbedingungen für eine gute Verträglichkeit aller Verkehrsteilnehmer schaffen. Da ist eine Stellplatzsatzung mit geringem Spielraum zum „Freikauf“ ein Schritt in die richtige Richtung.

*Silke Voges*

*Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE*



*Täglicher Stau in der Friedrichstraße (16. 12. 2016, 15.25 Uhr)*

Foto: Jürgen Strauß



## Barrierefreiheit in Erkner mit Licht und Schatten

Einwohner und Gäste von Erkner klagen oft:

- Die Straßenbeleuchtung an vielen Straßen ist unzureichend.
- Für beide Fußgänger- und Radfahrerabschnitte an Brücke (Friedrichstraße) Richtung Kriesel/Bahnhof reicht der Schein der Straßenlampen nicht.
- Die Ampelphasen in der Friedrichstraße sind für Fußgänger viel zu kurz.
- Es fehlen Querungshilfen für die Woltersdorfer Land-, Beust- und Neu Zittauer Straße.
- Die Bürgersteige und Fahrradwege sind an vielen Orten der Stadt im schlechten Zustand, lückenhaft oder zu schmal.
- Parkplätze reichen nicht, behindertengerechte sind besonders rar.

Um den berechtigten Kritikpunkten abzuhelfen, hatte die Stadtverordnetenversammlung (SVV) Erkner auf unseren Antrag hin am 4. Mai 2010 das „Maßnahmenkonzept für eine barrierefreie Stadt Erkner“ beschlossen. Die Fortschreibung dieses Konzeptes ist alle fünf Jahre vorgesehen. Verbände, Vereine, aber auch jeder einzelne Interessierte konnte mit seinen Ideen und Anregungen am Konzept für Erkner mitarbeiten. Leider kamen nur sehr wenig Rückmeldungen. Woran das lag? Desinteresse unter den Einwohnern, zu wenig Hoffnung auf Gehör, keine Kenntnis des Konzepts und der Aufforderung zur Mitarbeit? Sicherlich spielt alles eine Rolle. Die

wenigen eingegangenen Stellungnahmen wurden von der Stadtverwaltung bewertet und teilweise in das Konzept eingearbeitet bzw. in den Maßnahmenkatalog aufgenommen.

An einigen Stellen hat es sich aber die Verwaltung sehr einfach gemacht und sich für „nicht zuständig“ erklärt oder auf spätere große Umbau- und Sanierungsmaßnahmen verwiesen, wie zum Beispiel auf die zukünftige Sanierung der Brücke in der Friedrichstraße oder den Bau der zweiten Grundschule. Einige Anregungen sind aber auch in das Konzept eingeflossen, wie zum Beispiel mehr Sitzgelegenheiten im Bereich der Bahnhofsiedlung zu schaffen, insbesondere im Bereich der Blühwiesen, die Gehwegsanierung in der Karl-Tietz-Straße in Richtung Ärztehaus und bauliche Verbesserungen im unmittelbarem Umfeld des Carl-Beckstein-Gymnasiums.

In der 13. SVV am 7. Oktober soll das Konzept „barrierefreies Erkner“ beschlossen werden. Die Fraktion DIE LINKE wird in dem Zusammenhang fordern, dass die Stadtverwaltung alles tut, um den barrierefreien Zugang zum S-Bahnsteig in Richtung Berlin ständig zu sichern, dass die Parkplatzsituation um die Löcknitz-Grundschule und den Kirchvorplatz (an Markttagen) und das digitale Angebot des Rathauses bürgerfreundlicher wird.

*Dr. Elvira Strauß, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Hauptausschussmitglied*



Friedrichstraße: Ladenzeile, Fuß- und Radweg, Fahrradabstellplätze auf engstem Raum (18. 4. 2009). Und die Verkehrssicherheit ...?, Foto: Jürgen Strauß

## Erkner – familienfreundlich?

Erkneraner Dauerthemen: Kita- und Essensgeldbeiträge

### Hort- und Kitabeiträge

Wohl kaum, wenn man die Aktivitäten der Verwaltung in Bezug auf die Beitragsordnungen für die einzelnen Kitas der Stadt in den zurückliegenden Monaten Revue passieren lässt.

Seit Jahren herrscht in der Kinderbetreuung Chaos im Land Brandenburg. Das Kita-Gesetz wird je nach Belieben so ausgelegt – wie es den Gemeinden in den Kram passt. So geschieht es auch in unserer Stadt.

Vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport wurden alle Kita-Betreiber aufgefordert, eine neue Kalkulation der Beiträge zu erarbeiten und ab 1. August 2021 in Kraft zu setzen. Im zuständigen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung (SVV) wurde Anfang des Jahres das Thema aufgegriffen und eine Empfehlung zur Beitragsgestaltung mit den Betreibern (DRK, AWO, Kirchengemeinde) erarbeitet, mit der alle Beteiligten einverstanden waren.

Plötzlich tauchen in der **Kalkulation des DRK**, die bis heute den Ausschussmitgliedern nicht vorgestellt wurde, zwei Kalkulationsposten auf, die als ungeheuerlich zu bezeichnen sind:

- Das DRK stellt den Eltern für alle drei Einrichtungen zusammen, unter **Miete/Pacht/Abschreibung** (AfA) für Gebäude Kosten in Höhe von 515 086,82 € in Rechnung. Dem DRK wurden die Einrichtungen Koboldland und Knirpsenhausen seit Jahren mietfrei durch die Stadt überlassen. Für die Kita Wasserwichtel (das Gebäude gehört dem DRK) zahlte die Stadt sogar Miete an das DRK. Nun werden die Gebäude der Stadt(!) an die Betreiber vermietet und das DRK lässt für die Kita Wasserwichtel AfA in die Beitragsfindung einfließen. In den Einrichtungen des DRK werden rund 700 Kinder betreut. Über alle Einrichtungen verteilt bedeutet dies, dass pro Kind ca. 736 € im Jahr (ca. 61 € im Monat) nur allein für die Miete/AfA zu Buche stehen.

- Der zweite Posten von 354 450 € nur für die **Verwaltung** (keine Erzieher/Leitungskosten)

wirft die Frage auf, welche Kosten in diese Position einfließen.

Wer und was wird hier angesetzt?

Eigentlich sind hier nur anteilige Personalkosten anzusetzen, die unmittelbar im Zusammenhang mit der Betreuung der betroffenen Einrichtungen stehen. Keine Vorstände, keine Boni ... nix.

Ich würde es fair finden, wenn diese Kosten durch das DRK transparent dargestellt werden würden. In ihren Internetauftritten stellt sich das DRK jedenfalls als der Verfechter für Transparenz dar.

Pro Jahr und Kind werden 506 € oder 42 € im Monat angesetzt. Wenn 50 Prozent der Kosten für 2,5 Arbeitskräfte, die zu 100 Prozent die 3 Einrichtungen in Vollzeit betreuen, in Ansatz gebracht werden, würde lediglich eine Summe von ca. 175 000 € zu Buche schlagen.

Die unsoziale Herangehensweise, allen voran die der Stadtverwaltung Erkner, bedeutet für die Eltern unserer Stadt eine Mehrbelastung von ca. 990 € pro Jahr auf den Höchstbetrag gerechnet. Je niedriger das Einkommen, desto geringer natürlich die verteilten Kosten, da eine soziale Staffelung stattfindet. Aber es sei angemerkt, dass einer Familie mit geringerem Einkommen 20 € genauso weh tun, wie einem höher verdienenden Elternpaar die 990 €.

Wer nun meint es geht nicht schlimmer, der irrt gewaltig. Die **Beitragstabellen der AWO** stellen die des DRK glatt in den Schatten. Hier werden den Eltern ab einem Jahreseinkommen beider Eltern zusammen von 48 351 € für einen Krippenplatz 395 € abverlangt und im Bereich der über Dreijährigen 385 €.

Das ist ein Skandal, zumal eine Einigung der Betreiber im Frühjahr vorsah, dass der Höchstbeitrag erst ab einem Familieneinkommen von ca. 70 000 € anzusetzen ist.

Die AWO hat ebenfalls ihre Kalkulation nicht im Sozialausschuss vorgestellt!

Was macht die Stadtverwaltung, allen voran Frau Warmuth, als Ressortleiterin?



Zeichnung: Klaus Stuttmann

Sie belehrt mit Allgemeinplätzen in Antworten auf Anfragen der LINKEN und teilt lediglich mit, dass die Einrichtungen jetzt Miete zu zahlen hätten und die Mietverträge in Vorbereitung sind. Ansonsten hält man sich aus allem raus, denn die sogenannten Freien Träger (FT) hätten ja die Hoheit der Beitragsberechnung.

Diese Einstellung ist sehr fraglich. Die Stadt hat die Aufgabe, die Kinderbetreuung sicherzustellen und für ihre Bürger da zu sein. Vor Jahren hat sich die Stadtverwaltung der Aufgabe entledigt, indem man das *ganze Geschäft* den FT vertraglich überlassen hat. Diese FT lassen sich nicht durch die SVV kontrollieren. Erbetene Informationen zur Finanzierung werden seit Jahren verweigert und man beruft sich auf das Recht der Wahrung von Geschäftsgeheimnissen, um nichts Preis geben zu müssen, und das obwohl Steuergelder zur Finanzierung der Kita eingesetzt werden.

### Essensgelder

Seit einiger Zeit greift die Stadtverwaltung mit Hilfe des DRK den Eltern auch bei den Essensgeldern in die Tasche und keiner regt sich darüber auf. So ganz im Verborgenen – während des Lockdowns – erhöhte das DRK das Essensgeld für seine Einrichtungen in Erkner, ohne die Stadtverwaltung und die politischen Gremien zu informieren. Zumindest wusste die Ressortleiterin Frau Warmuth bis zur Anfrage der LINKEN zunächst nichts.

### Worum geht es nun?

In die Essensgeldberechnung sollen nur die ersparten Eigenaufwendungen der Eltern, also der Materialeinsatz, die Energieaufwendung und Abfallbeseitigung einfließen. Die beiden letzten Posten sind für eine Mahlzeit kaum darstellbar und eigentlich könnte man auch darauf

verzichten. Was nicht eingerechnet werden darf sind Personal-, Transport-, Verwaltungskosten.

Seit dem 1. Januar 2018 hat die Stadt Erkner eine Satzung zur Kostenbeteiligung bei der Versorgung mit Mittagessen in den Kindertagesstätten und Schulen der Stadt Erkner. **Diese Satzung gilt auch für Einrichtungen des DRK!**

Als seiner Zeit um die Beitragsfestsetzung gerungen wurde, waren es die Mehrheiten aus den *Fraktionen SPD und CDU*, die diese Beiträge bestätigten. Im Wesentlichen wurden diese durch das DRK bestimmt. DIE LINKE war für niedrigere Beiträge und hat auch Berechnungen von Experten vorgelegt.

Nun ja ... Schon nach kurzer Zeit haben sich die FT DRK und AWO über diese Satzung hinweggesetzt und monatliche Pauschalen festgelegt. Kann man machen, wenn der Verwaltungsaufwand reduziert werden kann und nicht zum Nachteil der Finanzen der Eltern führt. Es sind Rabatte für Urlaub und im Hort die Ferienteilnahme berücksichtigt. Aber, ist ein Kind leider krank, dann bleibt es beim vollen Pauschalbeitrag und die Eltern werden doppelt belastet.

Das DRK erhöhte die Pauschale um 2,50 €. Das sind 8,62 Prozent und liegt damit weit über dem Verbraucherpreisindex 2020, der durchschnittlich 2,16 Prozent betrug und bei einer Bereinigung der Corona bedingten Preisspitzen im Februar-Juni 2020 bei 1,06 Prozent anzusetzen wäre. Eine Nachfrage bei der Ressortchefin zur extremen Erhöhung blieb bis heute unbeantwortet.

Es ist nicht so, dass keine Antwort kam. Vielmehr teilte Frau Warmuth mit, dass die Stadt durch die Erhöhung profitiere, eine Minderausgabe von 13 500 € erwarte und deshalb keinen Anlass sieht, etwas daran ändern zu wollen.

Wie schon bei den Kitabeiträgen werden die Eltern zur Kasse gebeten, um die Stadtkasse zu entlasten!

Wie sieht das Bürgermeister Herr Pilz (CDU, ehemaliger Mitarbeiter des DRK), und was sagt der Vorsitzende des Sozialausschusses Herr Dr. Rosentreter (CDU), dazu? – Keine Ahnung, aber familienfreundlich geht anders!

*Rita-Sybille Heinrich, Sachkundige Einwohnerin der in der SVV, Mitglied des Kreistages Oder-Spree, Fraktion DIE LINKE, Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Migration*